

# RAHMENLIEFERVERTRAG ÜBER DIE LIEFERUNG VON BÜROAUSSTATTUNG

ECA 2026-007

zwischen

**Bundesdruckerei GmbH**

Kommandantenstraße 18

10969 Berlin

– nachstehend "**Auftraggeber**" genannt –

und

dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

– nachstehend "**Auftragnehmer**" genannt –

(der Auftraggeber und der Auftragnehmer werden nachfolgend auch als die "**Parteien**"  
bezeichnet, einzeln jeweils als "**Partei**")

## Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgrundlagen .....	3
§ 2	Vertragsgegenstand .....	4
§ 3	Qualität der Lieferwaren .....	5
§ 4	Änderung der Lieferwaren .....	5
§ 5	Erteilung von Einzelaufträgen .....	6
§ 6	Bedarfsplanung und Bestellprozess .....	6
§ 7	Lieferungen .....	6
§ 8	Lieferzeiten und Vertragsstrafen .....	7
§ 9	Gefahrübergang, Annahmeverzug .....	8
§ 10	Eigentumsübergang .....	8
§ 11	Vergütung .....	8
§ 12	Fälligkeit der Vergütung .....	8
§ 13	Versicherungen .....	9
§ 14	Besichtigungs- und Prüfrecht .....	9
§ 15	Gewährleistung .....	10
§ 16	Serienmängel .....	11
§ 17	Produkthaftung und Rückruf .....	12
§ 18	Rechte Dritter und Schutzrechte .....	12
§ 19	Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz .....	13
§ 20	Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen .....	13
§ 21	Compliance .....	14
§ 22	Unzulässige Handlungen .....	14
§ 23	Einhaltung des Mindestlohngesetzes .....	15
§ 24	Exportkontrolle und Zoll .....	16
§ 25	Haftung .....	16
§ 26	Freistellung .....	16
§ 27	Laufzeit und Kündigung .....	17
§ 28	Höhere Gewalt .....	18
§ 29	Schlussbestimmungen .....	19

## Präambel

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Der Auftraggeber beauftragt mit Zuschlagserteilung den Auftragnehmer mit der Lieferung neuer, dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechender Waren und sonstiger Leistungen. Die Lieferung umfasst Mobiliar zur Büroausstattung in insgesamt sieben Losen: Los 1 – Büromöbel, Los 2 – Bürostühle, Los 3 – Regalsysteme, Los 4 – Schließfächer, Los 5 – Akustikkabinen, Los 6 – Mittelinseln, Los 7 – Loungemöbel.

Neben dem Auftragnehmer schließt der Auftraggeber mit höchstens sechs weiteren Anbietern einen Rahmenvertrag für die jeweiligen Lose ab.

## § 1 Vertragsgrundlagen

1.1 Dieser Vertrag besteht aus dem vorliegenden Hauptteil (Vertragstext) und den nachfolgend benannten weiteren Unterlagen:

1.1.1 die weiteren Vergabeunterlagen in der letzten bekanntgemachten Version, insbesondere die folgenden Anlagen:

- a) Leistungsbeschreibung zu Los 1 – Büromöbel, Leistungsbeschreibung zu Los 2 – Bürostühle, Leistungsbeschreibung zu Los 3 – Regalsysteme, Leistungsbeschreibung zu Los 4 – Schließfächer mit Aufbewahrungskorb, Leistungsbeschreibung zu Los 5 – Akustikkabinen, Leistungsbeschreibung zu Los 6 – Mittelinseln, Leistungsbeschreibung zu Los 7 – Loungemöbel (**Anlage 1** zu diesem Vertrag),
  - Verhaltenskodex (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
  - Exportkontrolle und Zoll (**Anlage 3** zu diesem Vertrag),
  - Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 4** zu diesem Vertrag),
  - Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers (**Anlage 5** zu diesem Vertrag),
  - Verbundene Unternehmen des Auftraggebers (**Anlage 6** zu diesem Vertrag),

1.1.2 die Angebotsunterlagen des Auftragnehmers, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Angebotsschreiben (**Anlage 7** zu diesem Vertrag),
- Preisblatt (**Anlage 8** zu diesem Vertrag), und

1.1.3 sofern einschlägig, die Antworten des Auftraggebers auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"**Bieterinformation**" (**Anlage 9**),  
und

1.1.4 die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(zusammen der "**Vertrag**").

1.2 Im Falle von Widersprüchen geht der Hauptteil und die **Anlage 3** den vorstehend genannten weiteren Unterlagen vor. Die weiteren Unterlagen gelten ansonsten in der vorstehend genannten Reihenfolge. Allerdings gehen die Antworten des Auftraggebers auf die Bieterfragen den Vergabeunterlagen vor, soweit in den Antworten explizit von konkret benannten Vorgaben der Vergabeunterlagen abgewichen wird.

- 1.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn der Auftraggeber deren Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch, wenn auf Korrespondenz Bezug genommen wird, die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers enthält oder auf solche verweist.

## § 2 Vertragsgegenstand

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber während der Laufzeit dieses Vertrages mit den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Waren ("**Lieferwaren**") nach näherer Maßgabe dieses Vertrages zu beliefern und die sonstigen Leistungen nach diesem Vertrag zu erbringen. Liefergegenstand sind die oben bezeichneten Lose 1-7.
- 2.2 Die Beauftragung zur Lieferung der unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen kann neben dem Auftraggeber auch durch sekundäre Auftraggeber erfolgen. Diese umfassen sämtliche mit der Bundesdruckerei Gruppe GmbH beziehungsweise deren Tochterunternehmen gemäß §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen gemäß **Anlage 6** zu diesem Vertrag ("**sekundäre Auftraggeber**") und solche Unternehmen, die aus diesen Unternehmen hervorgehen.

Unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Auftragnehmer können als sekundäre Auftraggeber auch sämtliche, zu einem späteren Zeitpunkt hinzutretende nach § 15 ff. AktG verbundene Unternehmen gelten.

Aus dem Kreis der sekundären Auftraggeber ausscheidende Unternehmen sind ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens nicht mehr bezugsberechtigt.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vertragsgemäßen Leistungen bei Beauftragungen durch sekundäre Auftraggeber auch diesen gegenüber zu den Bedingungen dieses Vertrages zu erfüllen. Im Falle des Abrufes von Leistungen durch sekundäre Auftraggeber kommt das Vertragsverhältnis ausschließlich mit diesen zustande. Der Auftraggeber steht nicht für die Vertragserfüllung seitens der sekundären Auftraggeber ein.

Eine Gesamtschuld hinsichtlich der Vergütung und eine gesamtschuldnerische Haftung des Auftraggebers und der sekundären Auftraggeber ist ausgeschlossen. Es haftet nur der den Einzelauftrag beauftragende Auftraggeber.

Die sekundären Auftraggeber sind lediglich berechtigt, Erklärungen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Einzelauftrag abzugeben. Erklärungen, die den vorliegenden Rahmenvertrag als solchen betreffen, darf einzig der Auftraggeber abgeben.

- 2.3 Die Bedingungen dieses Vertrages gelten für alle Einzelaufträge über Lieferwaren und sonstigen Leistungen des Auftraggebers und der sekundären Auftraggeber (zusammen: die "**Abrufberechtigten**"). Dies gilt auch dann, wenn im Einzelfall in einem Einzelauftrag nicht eigens auf diesen Vertrag Bezug genommen wird.
- 2.4 Der Höchstwert beträgt für:
- Los 1 Büromöbel: € 1.639.200,00
  - Los 2 Bürostühle: € 234.000,00
  - Los 3 Regalsysteme: € 440.400,00
  - Los 4 Schließfächer: € 656.400,00
  - Los 5 Akustikkabinen: € 998.400,00

Los 6 Mittelinseln: €103.200,00  
Los 7 Loungemöbel: € 774.000,00

- 2.5 Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Menge oder Anzahl von Lieferwaren und sonstige Leistungen aus diesem Vertrag abzurufen (keine Mindestabnahmeverpflichtung).
- 2.6 Die Lieferwaren und sämtliche weiteren Leistungen des Auftragnehmers haben den Anforderungen der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1** und den sonstigen Anforderungen dieses Vertrages jederzeit voll zu entsprechen.
- 2.7 Sofern dieser Vertrag keine konkreten Anforderungen festschreibt, haben die Lieferwaren und sonstigen Leistungen dem Stand von Wissenschaft und Technik, den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften und Richtlinien von Behörden, Berufsgenossenschaften und Fachverbänden zu entsprechen. Sind im Einzelfall aus Sicht des Auftragnehmers Abweichungen von diesen ergänzenden Anforderungen und Vorschriften notwendig, so muss der Auftragnehmer die Zustimmung des Auftraggebers in Textform hierzu einholen.
- 2.8 Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Lieferwaren, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist. Insbesondere ist die Übertragung von Leistungen, auch Teilleistungen an Dritte ("**Unterauftragnehmer**") nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers in Textform zulässig. Für die im Vergabeverfahren ordnungsgemäß benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt durch den Einsatz von Unterauftragnehmern unberührt (§ 36 Abs.2 VgV).

### **§ 3 Qualität der Lieferwaren**

- 3.1 Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass die Erreichung höchstmöglicher Qualität der Lieferwaren mit Blick auf deren Verwendungszweck für den Auftraggeber von größter Bedeutung ist.
- 3.2 Der Auftragnehmer wird für die Produktion der Lieferwaren die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen und Prozesse schaffen, die zur lückenlosen Erreichung und Beibehaltung der vereinbarten Qualität der Lieferwaren erforderlich sind.
- 3.3 Der Auftragnehmer überwacht und steuert die komplette Beschaffungs- und Logistikkette. Dies betrifft insbesondere das Reklamationswesen, die Chargensteuerung und die Rückverfolgbarkeit im Fehlerfall.
- 3.4 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber alle relevanten Informationen und Kenntnisse im Hinblick auf den Einsatz der Lieferwaren mitteilen.

### **§ 4 Änderung der Lieferwaren**

- 4.1 Der Auftraggeber kann im Rahmen der Zumutbarkeit und soweit nach § 132 GWB vergaberechtlich zulässig, Änderungen der Lieferwaren, insbesondere der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1**, und sonstiger Regelungen dieses Vertrages, verlangen. Die Parteien vereinbaren für alle Änderungen die Anwendung des Änderungsverfahrens nach diesem Paragraphen. Auch der Auftragnehmer kann Änderungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag vorschlagen.

- 4.2 Der Änderungsantrag muss mindestens in Textform, z.B. per E-Mail, erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um der jeweiligen anderen Partei die Möglichkeit zu geben, den Änderungsantrag zu bewerten.
- 4.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Änderungsantrag des Auftraggebers innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu bearbeiten und eine Antwort/ein Nachtragsangebot zur Umsetzung der Änderung zu unterbreiten. Bei einem umfangreichen Änderungsverlangen kann diese Frist einvernehmlich von den Parteien verlängert werden. Die Ablehnung von Änderungsanträgen des Auftraggebers ist nur aus wichtigem Grund zulässig.
- 4.4 Führt die Umsetzung des Änderungswunsches zu einem nachvollziehbaren Mehraufwand beim Auftragnehmer, ist dieser verpflichtet, die entsprechenden Mehrkosten durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen sowie in einem verbindlichen Angebot zur Umsetzung der gewünschten Änderungen darzulegen. In Betracht kommen nur Mehrkosten, die zur Herstellung der Lieferwaren und Erbringung der weiteren Leistungen des Auftragnehmers erforderlich sind. Einigen sich die Parteien über eine Anpassung der Vergütung bzw. Umlage der Mehrkosten nicht, so gelten die bisher vereinbarten Preise fort.
- 4.5 Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Parteien in Textform. Können sich die Parteien nicht über den Änderungsantrag einigen, gilt der Vertrag unverändert fort. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens wird kein Entgelt erhoben.

## **§ 5 Erteilung von Einzelaufträgen**

- 5.1 Auf Basis dieses Vertrages vergeben die Abrufberechtigten Einzelaufträge für die Lieferung bestimmter Mengen an Lieferwaren bzw. Bedarfs an Lieferwaren und sonstige Leistungen.
- 5.2 Mit Eingang eines Einzelauftrags beim Auftragnehmer kommt ein Einzelvertrag über die jeweils bestellte Menge der Lieferwaren zustande. Voraussetzung ist, dass der Einzelauftrag im Einklang mit den Anforderungen dieses Vertrages erfolgt.
- 5.3 Der Auftraggeber behält sich vor, die Lieferwaren und sonstigen Leistungen, die unter diesen Vertrag fallen können, auch außerhalb dieses Vertrages zu vergeben. Für Vergaben außerhalb dieses Vertrages gelten die vergaberechtlichen Vorschriften; die Bestimmungen dieses Vertrages finden keine Anwendung und zwar auch insoweit nicht, als ein Auftragnehmer an einer solchen Vergabe teilnimmt.

## **§ 6 Bedarfsplanung und Bestellprozess**

Die Einzelheiten der Bedarfsplanung (Forecast) und zum Ablauf der Erteilung eines Einzelauftrags von Lieferwaren [und sonstigen Leistungen] sind in der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1** geregelt.

## **§ 7 Lieferungen**

- 7.1 Sämtliche Lieferungen erfolgen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung als **Anlage 1**. Dies gilt auch für die Kennzeichnung und Verpackung der Lieferwaren einschließlich der ordnungsgemäßen, umweltgerechten Entsorgung der Verpackungsmaterialien.

Die Lieferwaren sind DAP (geliefert benannter Ort) (Incoterms® 2020) an den in dem Einzelauftrag angegebenen Ort zu liefern. Ist in dem Einzelauftrag kein Ort angegeben, erfolgt die Lieferung an: Bundesdruckerei, Alte Jakobstr. 109, 10969 Berlin. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung.

- 7.2 Lieferungen von Waren aus einem Land außerhalb der EU sind mit der Rechnung, die den Anforderungen des § 12 dieses Vertrages genügen muss, sowie den Frachtunterlagen spätestens im Zeitpunkt der Versendung der Waren per E-Mail an [customs@bdr.de](mailto:customs@bdr.de) zu avisieren. Zutreffendenfalls muss die warenbegleitende Rechnung außerdem den entsprechend aufgeteilten Wert der von dem Auftraggeber unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preis beigestellten in den Lieferwaren enthaltenen Materialien bzw. den Wert der unentgeltlich oder zu einem ermäßigten Preis zur Herstellung der Lieferwaren beigestellten Werkzeuge aufführen.
- 7.3 Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer bei Anlieferung den Erhalt der Lieferwaren bestätigt, wird damit – soweit in der Bestätigung nichts anderes bestimmt ist – nur die Anzahl der Packstücke bestätigt. Anzahl oder Fehlerfreiheit der Lieferwaren werden damit nicht bestätigt.

## **§ 8 Lieferzeiten und Vertragsstrafen**

- 8.1 Die verbindlichen Lieferzeiten ergeben sich aus **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) oder werden im Rahmen des jeweiligen Einzelauftrags verbindlich vereinbart.
- 8.2 Alle vereinbarten Termine, Fristen und Zeiten sind verbindlich. Maßgeblich für die Einhaltung der Liefertermine, Fristen und Zeiten ist der Eingang der Lieferwaren und sonstigen Leistungen am Bestimmungsort.
- 8.3 Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werden kann, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Textform mitzuteilen. Eine Verschiebung der vereinbarten Termine ist damit nicht verbunden.
- 8.4 Bei vorzeitiger Lieferung behält sich der Auftraggeber vor, die vorzeitige Lieferung abzulehnen oder die Rücksendung auf Kosten des Auftragnehmers vorzunehmen. Erfolgt bei vorzeitiger Lieferung keine Rücksendung, so ist der Auftraggeber berechtigt, Lieferwaren auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers einzulagern. Der Auftraggeber behält sich vor, bei vorzeitiger Lieferung die Zahlung erst zum vereinbarten Fälligkeitstag vorzunehmen.
- 8.5 Teillieferungen werden nur nach ausdrücklicher Vereinbarung akzeptiert.
- 8.6 Im Falle des Verzuges ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 1% des Nettoeinzelauftragswerts der vom Verzug betroffenen Lieferwaren und sonstigen Leistungen pro vollendete Woche des Verzuges zu verlangen, maximal jedoch 5% des Nettoeinzelauftragswerts der vom Verzug betroffenen Lieferwaren und sonstigen Leistungen. Die Vertragsstrafe kann bis zum Ende der Zahlungsfrist nach § 12 dieses Vertrages geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte wegen Verzuges nicht aus. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird insofern allerdings angerechnet. Bereits entstandene Vertragsstrafen entfallen nicht durch Vereinbarung neuer Termine.

## **§ 9 Gefahrübergang, Annahmeverzug**

- 9.1 Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der Lieferware geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf den Auftraggeber über (Incoterms® 2020 – DAP). Der Übergabe steht es gleich, wenn sich der Auftraggeber in Annahmeverzug befindet.
- 9.2 Für den Eintritt des Annahmeverzuges des Auftraggebers gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss seine Leistung dem Auftraggeber aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung des Auftraggebers (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Gerät der Auftraggeber in Annahmeverzug, kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen.

## **§ 10 Eigentumsübergang**

Eigentumsvorbehalte des Auftragnehmers gelten nur, soweit sie sich auf die Zahlungsverpflichtung für die jeweiligen Lieferwaren beziehen, an denen der Auftragnehmer sich das Eigentum vorbehält. Insbesondere sind erweiterte oder verlängerte Eigentumsvorbehalte unzulässig.

## **§ 11 Vergütung**

- 11.1 Die Vergütung für die Lieferwaren und sonstigen Leistungen ergibt sich aus **Anlage 9** (Preisblatt).
- 11.2 Zu den Preisen nach Absatz 1 tritt die ggf. anfallende Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe hinzu.
- 11.3 Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EStG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.
- 11.4 Mit Zahlung der Vergütung nach diesem Paragraphen sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen nach diesem Vertrag einschließlich etwaiger Nebenleistungen sowie sonstige Nebenkosten und Reisekosten abgegolten.

## **§ 12 Fälligkeit der Vergütung**

- 12.1 Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer des Auftraggebers und muss alles Erforderliche für eine Rechnungsprüfung enthalten. Rechnungen sind nach ordnungsgemäßer Lieferung binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei dem Auftraggeber zur Zahlung fällig. Sollte die Lieferung erst nach Rechnungseingang erfolgen, beginnt diese Frist mit Lieferung.
- 12.2 Rechnungen sind zu stellen an:

Bundesdruckerei GmbH  
Kommandantenstr. 18  
10969 Berlin  
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg  
Ust.-IDNr.: DE 812746617



Für die Übermittlung der Rechnungen an die sekundären Auftraggeber, die den Auftragnehmer nach § 2 Abs. 2 dieses Vertrages selbstständig beauftragen, gilt das Vorbezeichnete entsprechend. Der beauftragende sekundäre Auftraggeber wird dem Auftragnehmer mit der Beauftragung die vorbezeichneten Informationen für die Rechnungsstellung zur Verfügung stellen.

Die Abrufberechtigten sind seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.

12.3 Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: [eingangsrechnung@bdr.de](mailto:eingangsrechnung@bdr.de)

12.4 Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

### **§ 13 Versicherungen**

13.1 Der Auftragnehmer wird während der Laufzeit dieses Vertrages und bis zum Ablauf von 2 (zwei) Jahren nach Ende des Vertrages durchgehend einen ausreichenden Versicherungsschutz für die mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken, der auch die Haftung des Auftragnehmers für reine Vermögensschäden, abdeckt, mit folgenden Mindest-Deckungssummen je Schadensfall unterhalten:

- a) für Sach- und Personenschäden 10 (zehn) Millionen EUR
- b) für Vermögensschäden 2,5 (zwei, fünf) Millionen EUR

jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr.

13.2 Erbringt der Auftragnehmer den Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes auf Anfrage des Auftraggebers nicht oder erfüllt der jeweilige Versicherungsvertrag nicht die Anforderungen an den Versicherungsschutz gemäß vorstehendem Absatz 1, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt; § 28 (Laufzeit und Kündigung) dieses Vertrages gilt entsprechend.

### **§ 14 Besichtigungs- und Prüfrecht**

14.1 Der Auftraggeber hat das Recht, die zur Vertragserfüllung verwendeten Betriebsstätten des Auftragnehmers und seiner mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer vor Ort zu besichtigen und die Produktionsprozesse im Hinblick auf die Pflichten nach diesem Vertrag zu prüfen. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, die Herstellung der Lieferwaren zu kontrollieren und dabei auch die beim Auftragnehmer vorhandenen Produktions- und Prüfprotokolle einzusehen. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, die Einhaltung dieses Vertrages im Übrigen zu den üblichen Geschäftszeiten in den Räumen des Auftragnehmers bzw. der Unterauftragnehmer zu überprüfen. Der Auftragnehmer stellt auf Anforderung alle hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung, gibt Auskunft und antwortet auf gestellte Fragen. Im Falle von Prüfungen bei Unterauftragnehmern stellt der Auftragnehmer die entsprechende Kooperation der Unterauftragnehmer sicher. Der Auftraggeber ist berechtigt, Kopien der Unterlagen anzufertigen. Die Ausübung dieses Rechts ist von dem Auftraggeber wenigstens 3 (drei) Werktage im Voraus anzukündigen.

- 14.2 Der Auftraggeber kann die Rechte nach diesem Paragraphen selbst durch eigene Mitarbeitende oder durch zur Verschwiegenheit verpflichtete Dritte ausüben. Die Rechte nach diesem Paragraphen stehen auch den Auftraggebern des Auftraggebers zu.
- 14.3 Bei Ausübung der Rechte nach diesem Paragraphen nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht. Sie wird Beeinträchtigungen der Produktion und des Betriebsablaufs so gering wie möglich halten. Ferner wird der Auftraggeber darauf achten, dass das Audit unter Beachtung der anwendbaren Datenschutz- und sonstiger gesetzlicher Vorschriften durchgeführt wird. Vor Ort geltende Sicherheits- und Arbeitsschutzvorschriften sind einzuhalten.

## **§ 15 Gewährleistung**

- 15.1 Dem Auftraggeber stehen die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche inklusive der gesetzlichen Regressansprüche zu, soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist.
- 15.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Lieferwaren bei Gefahrübergang auf den Auftraggeber die vereinbarte Beschaffenheit haben. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten insbesondere Qualitätssicherungsvereinbarungen sowie Produktbeschreibungen, die Gegenstand dieses Vertrages oder des jeweiligen Einzelauftrags sind oder in diese einbezogen wurden. Der Auftragnehmer hat die vertragsgemäße Qualität der Lieferwaren, deren Übereinstimmung mit der Technischen Spezifikation und die Eignung der Lieferwaren für die vorausgesetzte Verwendung einzuhalten.
- 15.3 Zu einer Untersuchung der Lieferwaren oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel ist der Auftraggeber bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen dem Auftraggeber Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn dem Auftraggeber der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- 15.4 Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungspflicht des Auftraggebers beschränkt sich auf Mängel, die bei der Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- oder Minderlieferung) oder bei einer Qualitätskontrolle des Auftraggebers im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Offen zu Tage liegende Mängel (d.h. solche, die ohne Untersuchung erkennbar sind), sind rechtzeitig gerügt, wenn sie binnen 3 (drei) Werktagen nach Lieferung angezeigt werden. Offene Mängel, die erst durch eine nach ordnungsmäßigem Geschäftsgang tunliche Untersuchung zu Tage treten, sind jedenfalls dann rechtzeitig gerügt, wenn sie binnen 5 (fünf) Werktagen nach Lieferung angezeigt werden. Nimmt die Untersuchung länger als 1 (einen) Tag in Anspruch, verlängert sich die Frist für die Anzeige um die Dauer der Untersuchung, jedoch nicht länger als insgesamt 2 (zwei) Wochen. Die Rügepflicht des Auftraggebers für später entdeckte Mängel bleibt unberührt.
- 15.5 Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung aufgewendeten Kosten, einschließlich der Kosten für Einbau und Ausbau, Wege-, Arbeits-, Material- und Transportkosten, trägt der Auftragnehmer. Der Auftraggeber haftet für diese Kosten nur dann, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorliegt.
- 15.6 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer durch den Auftraggeber gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so kann der Auftraggeber den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für den Auftraggeber unzumutbar

(z.B. wegen besonderer Dringlichkeit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorab, unterrichten.

- 15.7** Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers verjähren abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB mit Ablauf von 36 (sechsenddreißig) Monaten. Die Verjährung beginnt mit Gefahrübergang. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren allerdings in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen den Auftraggeber geltend machen kann. In Fällen der Arglist gilt abweichend die gesetzliche Gewährleistungsfrist.
- 15.8** Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit dem Auftraggeber wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.
- 15.9** Für Lieferwaren, die im Rahmen der Gewährleistung ausgebessert oder ausgetauscht werden, beginnt die Gewährleistungsfrist neu zu laufen, es sei denn, der Auftraggeber musste davon ausgehen, dass der Auftragnehmer die Ausbesserung oder den Austausch nicht zur Nacherfüllung, sondern aus Kulanz, zur Vermeidung von Streitigkeiten oder im Interesse des Fortbestands der Lieferbeziehung vorgenommen hat.

## **§ 16 Serienmängel**

- 16.1** Als Serienmangel gilt ein Mangel der Lieferwaren, der sich nach erstmaliger Reklamation durch den Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer in gleicher oder vergleichbarer Weise mindestens zweimal in verschiedenen weiteren Produktionschargen/Lieferungen innerhalb des Zeitraums von einem Kalenderjahr wiederholt. Der Auftragnehmer wird die Rüge des Auftraggebers, dass ein Serienmangel vorliegt, unverzüglich prüfen und dem Auftraggeber das Ergebnis seiner Prüfung unverzüglich in Textform mitteilen.
- 16.2** Zudem ist der Auftragnehmer bei Vorliegen eines Serienmangels zu folgenden Maßnahmen verpflichtet:
- Der Auftragnehmer ergreift nach Mitteilung einer Serienmangelrüge unverzüglich sämtliche Maßnahmen zur Erforschung der Ursache des Serienmangels und erstellt unverzüglich einen Bericht über die von ihm ermittelten Ergebnisse nach Abschluss der Ursachenforschung. Der Bericht ist dem Auftraggeber unverzüglich und in Textform zuzuleiten. Der Bericht muss die Ursache des Serienmangels und die vom Auftragnehmer beabsichtigten Maßnahmen zur Beseitigung des Serienmangels beinhalten.
  - Der Auftragnehmer beseitigt unverzüglich die Ursache des Serienmangels, nachdem er diese festgestellt hat. Rechte des Auftraggebers hinsichtlich der vom Serienmangel betroffenen Lieferwaren bleiben unberührt.
- 16.3** Unabhängig vom Vorliegen eines Serienmangels wird der Auftragnehmer den Stand der Wissenschaft und Technik hinsichtlich der Lieferwaren kontinuierlich beobachten und den Auftraggeber über neue Entwicklungen regelmäßig informieren.

## **§ 17 Produkthaftung und Rückruf**

- 17.1 Wird der Auftraggeber aufgrund Produkthaftung oder Produzentenhaftung in Anspruch genommen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber von derartigen Ansprüchen freizustellen, sofern und soweit die Ansprüche auf einem Fehler der Lieferwaren beruhen. In den Fällen einer verschuldensabhängigen Inanspruchnahme des Auftraggebers gilt dies jedoch nur insoweit, als den Auftragnehmer ein Verschulden trifft. Im Falle von Fehlern der Lieferwaren wird das Verschulden des Auftragnehmers vermutet. Der Auftragnehmer übernimmt im Rahmen der Freistellung auch alle angemessenen Kosten und Aufwendungen des Auftraggebers. Im Falle einer Inanspruchnahme unterstützt der Auftragnehmer den Auftraggeber bei der Verteidigung gegen die Drittansprüche. Zu diesem Zweck pflegt der Auftragnehmer die erforderlichen Produktdokumentationen und Daten, solange Produkthaftungsfälle geltend gemacht werden können, mindestens jedoch 5 (fünf) Jahre nach Lieferung.
- 17.2 Der Auftragnehmer ist zu einer umfassenden Produktbeobachtung hinsichtlich der Lieferwaren verpflichtet. Stellt der Auftragnehmer im Hinblick auf die Lieferwaren Risiken oder Gefahren fest oder hat der Auftragnehmer Hinweise auf solche Risiken oder Gefahren, hat er den Auftraggeber unverzüglich und umfassend darüber zu informieren und dem Auftraggeber alle für eine eigene Bewertung notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Erfordern die Risiken oder Gefahren aus Sicht des Auftragnehmers einen Produktrückruf oder eine Warnung, hat er den Auftraggeber unverzüglich darüber in Textform zu informieren.
- 17.3 Ist der Auftraggeber infolge eines Fehlers der Lieferwaren zur Veröffentlichung einer Warnung oder zu einem Rückruf verpflichtet, trägt der Auftragnehmer sämtliche durch die Warnung oder den Rückruf verursachten angemessenen Kosten des Auftraggebers. Vor einer Warnung oder einem Rückruf, die ganz oder teilweise auf einem Fehler der Lieferwaren beruhen, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unterrichten und sich mit ihm über die effiziente Durchführung austauschen, es sei denn, die Unterrichtung oder Beteiligung des Auftragnehmers ist wegen besonderer Dringlichkeit nicht möglich oder nicht zumutbar.
- 17.4 Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

## **§ 18 Rechte Dritter und Schutzrechte**

- 18.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Lieferwaren (einschließlich gelieferter Dokumente und Informationen und integrierter oder mitgelieferter Software) frei von Rechten Dritter sind, insbesondere auch frei von Ansprüchen Dritter in Bezug auf einzelne in den Lieferwaren enthaltenen Komponenten, in den Lieferwaren verwendete Materialien oder angewandte Verfahren, auf Grund von Eigentumsrechten oder Patenten, Gebrauchsmustern, Geschmacksmustern, Urheberrechten, Markenrechten oder ähnlichen Rechten.
- 18.2 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber ein nicht ausschließliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, übertragbares und unterlizenzierbares Recht ein, sämtliche Schutzrechte des Auftragnehmers zu nutzen, sofern und soweit dies für die unbeschränkte Nutzung, Verarbeitung oder den unbeschränkten Vertrieb der Lieferwaren erforderlich ist. Das Nutzungsrecht kann an Erwerber der Lieferwaren unterlizenziert oder übertragen werden.
- 18.3 Unbeschadet von § 26 dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verschuldensunabhängig verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aufgrund von Schutzrechtsverletzungen auf erstes Anfordern freizustellen.

- 18.4 Unbeschadet von § 13 Abs. 3 dieses Vertrages und sonstiger Ansprüche des Auftraggebers wird der Auftragnehmer im Falle bestehender Drittansprüche auf eigene Kosten für den Auftraggeber ein Nutzungsrecht von dem berechtigten Dritten erwirken. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben von diesem Paragraphen unberührt.

## **§ 19 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz**

- 19.1 Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 4**).
- 19.2 Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("**DSGVO**") und das Bundesdatenschutzgesetz.
- 19.3 Der Auftragnehmer hat die bei der Durchführung von Datenverarbeitungen nach der Leistungsbeschreibung und nach diesem Vertrag beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut gemacht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Verantwortungsbereich.
- 19.4 Für den Fall, dass der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten verarbeitet, werden die Parteien eine gesonderte Datenverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Abschnitt 28 der DSGVO abschließen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages sein wird. Etwaige Haftungsbegrenzungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag finden auf diese AVV keine Anwendung. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich - und vor Beginn einer solchen Verarbeitung - über jede notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung informieren.

## **§ 20 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen**

- 20.1 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 5.1** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.
- 20.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 5.2** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.
- 20.3 Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.
- 20.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.

- 20.5 Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht.

## **§ 21 Compliance**

- 21.1 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.
- 21.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.
- 21.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß **Anlage 2** zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.
- 21.4 Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 2**) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.
- 21.5 Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

## **§ 22 Unzulässige Handlungen**

- 22.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Abrufberechtigten mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den Abrufberechtigten Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 22.2 Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktritts- bzw. Kündigungsrechts nach diesem Paragraphen wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

- 22.3 Tritt der Auftraggeber nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann er die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Der Auftraggeber kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
- 22.4 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

### **§ 23 Einhaltung des Mindestlohngesetzes**

- 23.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.
- 23.2 Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.
- 23.3 Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.
- 23.4 Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.
- 23.5 Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.
- Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.
- 23.6 Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten.



Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.

- 23.7 Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.

## **§ 24 Exportkontrolle und Zoll**

- 24.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Regelungen zur Exportkontrolle und Zoll entsprechend **Anlage 3** (Exportkontrolle und Zoll).
- 24.2 Ein schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen die in **Anlage 3** geregelten Versicherungen und Verpflichtungen stellt eine wesentliche Vertragspflichtverletzung dar und berechtigt den Auftraggeber, gegebenenfalls nach vorheriger Abmahnung, sofern der Verstoß dadurch geheilt und beseitigt werden kann, von diesem Vertrag und/oder den betroffenen Einzelverträgen mit sofortiger Wirkung zurückzutreten, ohne dass der Auftragnehmer hieraus Ansprüche geltend machen kann.

## **§ 25 Haftung**

- 25.1 Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die er im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages dem Auftraggeber schuldhaft verursacht nach den gesetzlichen Regelungen.
- 25.2 Der Auftraggeber haftet im Falle von Arglist, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Schäden, die durch leichte Fahrlässigkeit entstanden sind, werden nur ersetzt, wenn es sich dabei um die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) handelt. Kardinalpflichten sind die wesentlichen Pflichten, die die Grundlage des Vertrages bilden, die entscheidend für den Abschluss des Vertrages waren und auf deren Erfüllung der Auftragnehmer vertrauen musste. In Fällen einer leicht fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Pflicht ist die Haftung der Höhe nach beschränkt auf den jeweiligen Einzelauftragswert. Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Schäden des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 25.3 Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- 25.4 Die Haftung für einen eventuellen Datenverlust oder -beschädigung ist auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung erforderlich gewesen wäre, um die Daten aus dem gesicherten Datenmaterial wiederherzustellen.
- 25.5 Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zu Gunsten von evtl. eingebundenen gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

## **§ 26 Freistellung**

- 26.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Lieferung der Lieferwaren und sonstige Leistungen oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien oder aus schuldhaften Vertragsverstößen oder aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten



und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Haftungsobergrenzen aus § 26 dieses Vertrages finden keine Anwendung.

- 26.2 Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

## § 27 Laufzeit und Kündigung

- 27.1 Die Vertragslaufzeit beginnt mit Zuschlagserteilung und endet nach Ablauf von 2 (zwei) Jahren. Die Vertragslaufzeit verlängert sich jeweils automatisch um 1 (ein) weiteres Jahr, sofern nicht der Auftraggeber der Vertragsverlängerung mit einer Frist von 6 (sechs) Monaten zum Ablauf des laufenden Vertragsjahres widerspricht. Eine Verlängerung der Vertragslaufzeit gemäß Satz 1 erfolgt höchstens 2 (zwei) Mal, das heißt, eine Vertragsverlängerung über eine Gesamtlaufzeit von 4 (vier) Jahren hinaus erfolgt nicht.
- 27.2 Der vorliegende Vertrag endet automatisch bei Erreichen des Höchstwerts gemäß § 2 Abs. 4 dieses Vertrages.
- 27.3 Das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn
- 27.3.1 der Auftragnehmer den Verhaltenskodex gemäß **Anlage 2** und/oder die Vertraulichkeitsvereinbarung gemäß **Anlage 4** und/oder die Pflichten gemäß § 23 dieses Vertrages, und/oder die Verpflichtungen aus der **Anlage 3** (Export und Zoll) die Sicherheitsbestimmungen gemäß **Anlage 5** unter diesem Vertrag verletzt hat und – sofern die Verletzung heilbar ist – die Verletzung nicht innerhalb von 2 (zwei) Wochen nach Zugang einer entsprechenden Rüge des Auftraggebers in Textform geheilt hat;
  - 27.3.2 der Auftragnehmer wesentliche Pflichten unter diesem Vertrag trotz Rüge des Auftraggebers in Textform fortgesetzt oder wiederholt verletzt hat; einer Rüge bedarf es nicht, wenn dem Auftragnehmer die Erfüllung der Pflicht unmöglich ist oder er diese ernsthaft verweigert;
  - 27.3.3 eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Auftragnehmers eintritt oder eintreten droht und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber gefährdet ist; in den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
  - 27.3.4 eine wesentliche Änderung der unmittelbaren oder mittelbaren Kapital- oder Stimmrechtsverhältnisse am Auftragnehmer eintritt oder ein Dritter die unmittelbare oder mittelbare Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit am Auftragnehmer oder in sonstiger Weise die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den Auftragnehmer erwirbt ("**Kontrolländerung**"), es sei denn, es liegen die Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsänderung gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) GWB vor. Eine Kontrolländerung liegt insbesondere vor, wenn ein Dritter (jeweils erstmals) direkt oder indirekt mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Auftragnehmers kontrolliert oder in den Organen des Auftragnehmers vertreten ist oder ein Organmitglied kontrolliert oder auf andere Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen kann. In den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;

- 27.3.5 der Auftragnehmer nicht binnen 1 (eines) Monats ab der Geltendmachung von Verletzungen der Rechte Dritter vertragskonforme, rechtsmangelfreie Lieferwaren liefern kann bzw. die geschuldeten Nutzungsrechte beschaffen kann;
  - 27.3.6 der Auftragnehmer wissentlich falsche Angaben im Rahmen des Vergabeverfahrens gemacht hat;
  - 27.3.7 der Auftraggeber nachträgliche Kenntnis von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen des Auftragnehmers im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält;
  - 27.3.8 der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtungen nach § 21 Abs. 2 verstößt;
  - 27.3.9 der Auftragnehmer dem Personenkreis unterfällt, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist; oder
  - 27.3.10 der Auftragnehmer den Verstoß gegen den Verhaltenskodex durch den Geschäftspartner oder durch seine unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgestellt hat oder wenn der Verstoß sehr schwerwiegend ist oder wenn es zu wiederholten schweren Verstößen (insbesondere zur Begehung von Straftaten) kommt und keine mildernden Mittel zum Abstellen des Verstoßes zur Verfügung stehen;
- 27.4 Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen der vorstehenden Absätze sind die Abrufberechtigten auch zur Kündigung des jeweiligen Einzelauftrages berechtigt.
- 27.5 Die Kündigung dieses Vertrages bedarf der Textform.
- 27.6 Die Beendigung von Einzelverträgen lässt die Wirksamkeit dieses Vertrages unberührt. Gleichwohl berührt die Beendigung dieses Vertrages die Wirksamkeit der Einzelverträge nicht. Wird dieser Vertrag vor Ablauf der Einzelverträge beendet, finden dessen Bestimmungen bis zur Beendigung der Einzelverträge weiterhin Anwendung.
- 27.7 Bei Vertragsbeendigung hat der Auftragnehmer sämtliche Unterlagen, Daten, Datenträger und Informationen, die ihm bei Vertragsbeginn oder während der Vertragslaufzeit überlassen worden oder entstanden sind, oder die sich bei Vertragsbeginn bereits im Besitz des Auftragnehmers befanden, einschließlich der bei Durchführung des Vertrages von Dritten erhaltenen Unterlagen an den Auftraggeber herauszugeben oder auf Verlangen des Auftraggebers zu vernichten.

## **§ 28 Höhere Gewalt**

- 28.1 Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Produktionsstandort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Lieferanten unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Lieferanten betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Lieferungen und Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen von vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von 30 (dreißig) Tagen erklären oder die Lieferung oder Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen,

ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.

- 28.2 Der Auftragnehmer hat bei der Warenlieferung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den Lieferwaren weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

## **§ 29 Schlussbestimmungen**

- 29.1 Die Benennung des Auftraggebers als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.
- 29.2 Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht.
- 29.3 Ohne Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S. 3 HGB bleibt hiervon unberührt.
- 29.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.
- 29.5 Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- 29.6 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.
- 29.7 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

## **Anlagenverzeichnis**

<b>Anlage 1</b>	Leistungsbeschreibung
<b>Anlage 2</b>	Verhaltenskodex für Geschäftspartner
<b>Anlage 3</b>	Exportkontrolle und Zoll
<b>Anlage 4</b>	Vertraulichkeitsvereinbarung
<b>Anlage 5</b>	Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"><li>• Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister (<b>Anlage 5.1</b> zu diesem Vertrag)</li><li>• Sicherheitsvereinbarung (<b>Anlage 5.2</b> zu diesem Vertrag)</li></ul>
<b>Anlage 6</b>	Verbundene Unternehmen
<b>Anlage 7</b>	Angebotsschreiben
<b>Anlage 8</b>	Preisblatt
<b>Anlage 9</b>	Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen

**[Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.]**